



Biwöchlicher Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement, 20 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anzeigengebühr für den Raum einer jährlichen Petit-Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 26. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 17. Januar 1876.

## Gründung des Landtags.

Berlin, 16. Januar. Heute Vormittag 11 Uhr erfolgte im Weißen Saale die Gründung des Landtages durch den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Camphausen. Die Tribünen waren spärlich besetzt, die Loge leer; in der Diplomatenloge bemerkte man einen einzigen Attaché, welchem der Vice-Ober-Ceremonienmeister ic. Herr v. Röder, pflichtschuldig die Honneurs machte. Die Versammlung setzte sich aus etwa 70—80 Mitgliedern beider Häuser des Landtages zusammen, welche bis auf ein halbes Dutzend, die Feldmarschälle Graf Moltke, Steinmeier, ferner der Graf Otto zu Stollberg-Wernigerode, in Uniform, alle Civilkleidung trugen. Um 11 Uhr traten die Minister in den Saal und stellten sich nach dem Dienstalter links vom Throne auf und zwar Camphausen, Falck, Kamecke, Dr. Achenbach, Dr. Friedenthal und der Protokollführer im Staatsministerium, Geb. Rath Schumann. Demnach fehlten der Minister-Präsident Fürst Bismarck, der Minister des Innern Graf zu Eulenburg und der Justizminister Dr. Leonhardt; die Minister trugen die sogenannte kleine Uniform. Der Vizepräsident Camphausen verlas die Gründungsrede, welche folgenden Wortlaut hat:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Se. Majestät der Kaiser und König haben mit dem Auftrag zu ertheilengeruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchst Ihrem Namen zu eröffnen.

Die für die Berufung des Landtages maßgebenden Bestimmungen und die unabsehbaren Erfordernisse der Reichsgesetzgebung haben auch in diesem Jahre eine gleichzeitige Thätigkeit der Reichs- und der Landes-Vertretung zur Notwendigkeit gemacht. Die Hingabe und Umsicht des Landtages wird die Wege finden, um auch unter den ohnmaligen Schwierigkeiten die Aufgaben der neuen Session von vorneherein möglichst zu fördern.

Der auf Handel und Industrie lastende Druck hat zum Bedauern der Staatsregierung auch bei uns noch nicht aufgehört. Bei den gesunden Grundlagen, auf welchen trotz der vorgekommenen Ausschreitungen der vaterländische Gewerbsleib beruht, darf die Zuvorsicht gehegt werden, daß es der Arbeitsamkeit und der stets bewährten Thatkraft des preußischen Volkes gelingen werde, auch die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage in nicht forner Zeit zu überwinden und Handel und Industrie neuer Blüthe entgegen zu führen.

Die Staatsentnahmen für das Jahr 1876 haben zwar nicht so hoch, wie in den letzten Jahren, veranschlagt werden können, aber die Mittel reichen aus, um die Staatsverwaltung in bisheriger Weise zu führen und auf manchen Gebieten die Fonds, welche namentlich der Pflege der geistigen Interessen und der Förderung des Wohlstandes dienen, reicher zu dotiren, in allen Zweigen des Staats-Bauwesens aber die vielfachen und großen Unternehmungen, welche auf Grund der Bewilligungen der letzten Jahre eingeleitet worden sind, in angemessener Weise weiter zu fördern.

Der Entwurf zum Staatshaushalt-Etat wird Ihnen ohne Verzug vorgelegt werden.

Die in der vorigen Session vereinbarten Gesetze, durch welche ein umfassendes System kommunaler Selbstverwaltung und zugleich die Beihaltung der Provinzialvertretung an den Angelegenheiten der allgemeinen Landesverwaltung begründet worden ist, sind inzwischen ins Leben getreten: in fünf Provinzen sind die neuen Provinziallandtage zusammengetreten, und die ersten Anzeichen des in denselben überwiegend zur Geltung gelangenden Geistes befestigen das Vertrauen, daß die neuen Institutionen sich dem Lande zum Segen entwickeln werden.

Ein notwendiger weiterer Schritt auf der betretenen Bahn ist die bestimmte und klare Regelung der Zuständigkeit der neu geschaffenen staatlichen Behörden auf den verschiedenen Gebieten der allgemeinen Landesverwaltung und in streitigen Verwaltungssachen, sowie die gleichzeitige Feststellung derselben Kompetenzen, welche auf die neuen Organe noch weiter zu übertragen sein werden, um eine harmonische Fortentwicklung der inneren Staatsverwaltung zu erzielen. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltungsreform und Beaufsichtigung der städtischen Verwaltung in das Gefammtystem der neu geschaffenen Einrichtungen sind durchgreifende Veränderungen der Städte-Ordnung in denjenigen Provinzen erforderlich, in welchen die neuen Gesetze eingeführt sind.

Nachdem die Haupt- und Residenzstadt Berlin auf Grund der neuen Provinzialordnung aus dem Communalverbande der Provinz Brandenburg ausgeschieden ist, muß die vorbehaltene Bildung eines besonderen Communalverbandes aus der Stadt Berlin und angrenzenden Gebieten unverweilt ins Auge gefaßt werden.

Die Gesetzwürfe behufs Lösung dieser weiteren Aufgaben werden Ihnen voraussichtlich in Kurzem vorgelegt werden können.

Der Entwurf einer Wege-Ordnung soll von Neuem Ihrer Berathung unterbreitet werden.

Um Grundsätze der Agrargesetzgebung, deren segensreiche Wirklichkeit in den älteren Theilen der Monarchie sich in langjähriger Erfahrung erprobt hat, auf die neuen Landesteile zu übertragen, sollen Ihnen mehrere Gesetzesvorschläge zugehen.

In den östlichen Provinzen ist das Bedürfnis hervorgetreten, die gesetzlichen Vorschriften über die Gründung von Ansiedlungen und die damit zusammenhängende Vertheilung öffentlicher Abgaben einfacher zu gestalten. Eine Vorlage in dieser Richtung ist vorbereitet.

Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter entbehren einer ausreichenden gesetzlichen Regelung. Um diese Lücke der Gesetzgebung in dem Umfang auszufüllen, als sich thatsächliche Nebenstände geltend gemacht haben, wird eine Gesetzesvorlage an Sie gelangen, welche sich innerhalb der Grundsätze der verwandten Reichsgesetzgebung bewegt.

In Vollständigung der Gesetzgebung zum Schutze des Waldes soll die Pflege der im Besitz von Gemeinden und öffentlichen Institutionen befindlichen Waldungen durch neue Vorschriften sicher gestellt werden.

Durch die Berathungen der von Sr. Majestät dem Könige als höchstem Träger des evangelischen Kirchen-Regiments berufenen außerordentlichen General-Synode hat die evangelische Kirche der acht älteren Provinzen der Monarchie einen bedeutsamen Schritt zur Begründung ihrer selbstständigen Verfassung zurückgelegt.

Die General-Synodalordnung bedarf aber ebenso wie die Synodal-Ordnung vom Jahre 1873 für eine Reihe von Bestimmungen der landesgesetzlichen Sanction. Eine hierauf bezügliche Vorlage wird Ihnen baldigst zugegeben. Sie wird zugleich die notwendigen Aussichtsrechte des Staats über die evangelische Landeskirche regeln.

Die Regierung Sr. Majestät hält das feste Vertrauen zu den beiden Häusern des Landtages, daß sie an ihrem Theile bereitwillig dazu mitwirken werden, der evangelischen Kirche Preußen nach langen Jahren die selbstständige und feste Organisation zu sichern, deren sie zur vollständigen Erfüllung ihrer hohen Aufgaben bedarf.

Eine Feststellung des staatlichen Aussichtsrechtes ist auch hinsichtlich der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen erforderlich, soweit das Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden darüber nicht bereits bestimmt. Die Vorarbeiten für einen diesem Zwecke entsprechenden Gesetzentwurf sind dem Abschlusse nahe.

Meine Herren! Wir stehen voraussichtlich vor der letzten Session einer Legislaturperiode, welche Dank dem vertrauensvollen Zusammenwirken der beiden Häuser des Landtages mit der Regierung Sr. Majestät schon sehr bedeutende Erfolge gesetzgeberischer Arbeit aufzuweisen hat. Möge diese letzte Session weitere Ergebnisse desselben übereinstimmenden Strebens für die Wohlfahrt des Landes und die geistliche Entwicklung seiner Institutionen zur Reise bringen!

Im Namen Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich hiermit die Session des Landtages für eröffnet.

## Deutschland.

Berlin, 15. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Wasserbau-Inspector Oppermann zu Meppen, dem Pfarrer Eger zu Biesle im Kreise Meißen und dem Regierungs-Sekretär v. Flotow zu Trier den Roten Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Gemeindevorsteher Tiebel zu Kalle, im Kreise Guben, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat die Erlaubnis zur Anlegung des Großkreuzes des kaiserlich österreichischen Franz-Joseph-Ordens; dem General-Major v. Wulffen, Commandanten von Breslau; des kaiserlich österreichischen Ordens der Eisernen Krone dritter Klasse; dem Hauptmann Bönke, a. la suite des Grenadier-Regiments Prinz Carl von Preußen (2. Brandenburgischen) Nr. 12 und Platzmajor von Breslau ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reichs die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Pfarrers Theodor Eugen Höpfner in Lanzenfelsbach zum Pfarrer in Nunzenheim, Bezirk Unter-Elster, bestätigt.

Dem kaiserlichen Friedensrichter Theobald Diemer zu Schlettstadt ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste des Reichslandes ertheilt.

Se. Majestät der König hat dem Legations-Sekretär bei der königlichen Gesandtschaft in Dresden, Grafen v. Radolinsky, den Charakter als Legationsrath beigelegt.

Die Kataster-Controleure Schmid zu Wittlich und Haack zu Becond sind zu Steuer-Inspectoren ernannt worden. — Der Kreisrichter Troitz in Rogau ist zum Reichsrichter bei dem Reichsgericht zu Freistadt i. S. und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Glogau mit Amtszeit seines Wohnsitzes in Freistadt ernannt worden.

Se. Majestät der König hat den Gymnasial-Director Wilhelm von Raczel in Glogau zum Provinzial-Schulrat; sowie den Regierungs-Ajutor Robert Apollinaris Aloisius von der Marwitz zum Landrat des Kreises Lyck ernannt; und dem Sanitäts-Rath und Arzt in der neuen Strafanstalt zu Moabit, Dr. Ernst Heim, den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen.

Der Provinzial-Schulrat von Raczel ist dem Provinzial-Schulcollegium in Coblenz überwiesen worden.

Berlin, 15. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm im Laufe des heutigen Vormittags in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Melddungen entgegen und hörten die Vorträge des Chefs des Militär-Cabinets, General-Majors von Albedyll, des Vice-Präsidenten des Staats-Ministeriums, Finanzministers Camphausen, sowie des Chefs des Civil-Cabinets, Geheimen Cabinets-Raths von Wilmowski.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten] der Kronprinz und die Kronprinzessin empfingen gestern Nachmittag 4<sup>3/4</sup> Uhr in besonderer Audienz den hiesigen Großherzoglich mecklenburgischen Gesandten von Prollius. — Um 5 Uhr fand bei Ihren Kaiserlichen Hoheiten ein größeres Diner von etwa 38 Gedekken statt. Abends 7 Uhr besuchte Se. Kaiserl. Hoheit das Concert in der Singakademie. (Reichsanzeiger.)

= Berlin, 16. Januar. [Die Vorlagen für den Landtag. — Graf Eulenburg.] Bezüglich des gesammten Materials, welches den Landtag während der jetzigen Session beschäftigen soll, können wir, die Angaben der Gründungsrede ergänzend, folgendes verbürgt mittheilen. Zunächst hat im preußischen Staatsministerium eine Verständigung dahin stattgefunden, in der Gründungsrede nur jene Gesetzentwürfe anzukündigen, welche entweder bereits mit der königlichen Sanction versehen, zur Vorlage bereit liegen oder im allerletzten Stadium der Vorbereitung sich befinden, so daß deren Einbringung während oder gegen Ende der Vertagung des Landtages zu erwarten ist. Es sind dies zunächst von den die Verwaltungsreform betreffenden Gesetzen, das höchstwichtige sogenannte Competenz-Gesetz, welches die Zuständigkeit der Staatsverwaltungs- und Selbstverwaltungs-Behörden und Verwaltungs-Gerichte in materieller Beziehung abgrenzt und die Städte-Ordnung für die östlichen Provinzen, deren Einbringung nahe bevorsteht. Hieran wird sich des Weiteren der Entwurf der Communal-Verfassung der sogenannten Provinz Berlin anschließen. Noch nicht so weit gediehen soll das Gesetz über die Communalbesteuerung sein und ist es zweifelhaft, ob dasselbe bei dem knapp bemessenen Raume der Session wird vorgelegt werden können. — Die von der Thronrede angekündigten Gesetze, nämlich die Gemeinheits-Theilungs-Ordnung für Schleswig-Holstein, das Gesetz über Ablösungen in den Moor- und Been-Colonien Hannovers, sowie zwei Gesetze, betreffend die Ablösung der Neallaken in Hessen und Nassau, sind bereits die ersten beiden dem Herrenhause, die letzteren dem Abgeordnetenhaus überwiesen. Der Gesetzentwurf, betreffend die Begründung neuer Ansiedlungen und das Verfahren der Abgaben-Regulirung bei Dömmernationen, welcher sich damit beschäftigt, an Stelle der bestehenden, höchst mangelhaften und compliciten Vorschriften, neue einfache Normen zu setzen, die sich an die Grundgedanken der sonstigen Verwaltungsgegesetzung anschließen, ist in dem allerletzten Stadium der Vorberatung und seine Vorlegung während der Vertagung zu erwarten. Gegenwohl wird das bereits bei Gelegenheit der Beratung über das Waldschutzgesetz angekündigte Gesetz betreffend die Staats-Aussicht über die Waldungen der Gemeinden, Corporationen, Stif-

tungen und dergl. in den östlichen Provinzen, sowie das Gesetz, betreffend die Regulirung der aus dem land- und forstwirtschaftlichen Arbeits-Verträge entstehenden Rechts-Verhältnisse ohne längeren Verzug zum Abschluß und zur Vorlage gelangen. Einen Schritt zurück und zwar im Stadium der Beratung unter den beteiligten Ministerien befindet sich das Jagdpolizeigesetz, dessen Einbringung jedoch immer noch für einen späteren Theil der Session zu erwarten ist. In gleicher Lage befindet sich ein Gesetzentwurf über Begründung von Landeskultur-Kontenbanken. Dagegen ist von der Einbringung einer Vorlage zur Codification des Wasserrechtes Abstand genommen, in Rücksicht auf die umfassenden und schwierigen Vorarbeiten, welche diese Materie erfordert. Neben der Wege-Ordnung, welche wesentlich in der vorjährigen Fassung wiederkehrt, wird das Gesetz über die staatsrechtliche Seite der General-Synodalordnung an erster Stelle das Abgeordnetenhaus beschäftigen. Es ist die ausgesprochene Absicht, die Session nicht über den Mainmont auszudehnen. — Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, ist erkrankt und fehlt daher bei der Gründung des Landtages.

[Im Abgeordnetenhaus] fand die erste Sitzung Sonntag Mittag 12 Uhr statt. Die Mitglieder waren ziemlich zahlreich anwesend, die meisten Lücken zeigte das Centrum. Präsident von Venningen eröffnete 12 Uhr die Sitzung mit einem dreisachen Hoch auf den Kaiser, brieflich zu provisorischen Schriftführern die Abgeordneten Sachse, Dr. Lutteroth, Grütritz und Freiherrn v. d. Goltz. Es haben sich 244 Mitglieder bereit gemeldet. Dann folgte die Verlosung in die Abteilungen; darauf beruhte Präsident v. Venningen die nächste Sitzung zur Wahl des Präsidenten und des Bureaus auf Montag, 17. Januar, Vormittag 11 Uhr, an. Die Wiederwahl des vorjährigen Präsidenten, d. h. der Herren von Venningen, Dr. Löwe und Graf Bethusy-Huc ist zweifellos; auch das Bureau wird wieder gewählt. — Im Abgeordnetenhaus möchte sich die Sache ebenso gestalten, doch wollen die feudalen Heißsporne versuchen, die nicht zu ihnen gehörenden Vizepräsidenten von Bernuth und Hasselbach womöglich zu beseitigen.

[Von dem Reichskanzler-Amt] sind auf Grund des Gesetzes, Maßregeln gegen die Neblauskrankheit betreffend, vom 6. März v. J. ständige Aussichtsorgane und Sachverständige ernannt worden, welche gewisse ihnen zugewiesene Weinbaugebiete in Bezug auf das Auftreten der Neblauskrankheit zu überwachen beziehungsweise bei den erforderlich werdenden Untersuchungen mitzuwirken haben. Es sind dies: für die preußischen Provinzen Sachsen, Schlesien und Brandenburg: Aussichts-Commissar: Stadtrath a. D. Tränhardt zu Naumburg a. S.; Sachverständige: Dr. Taichenberg zu Halle a. S. und Dr. Gallus zu Sommerfeld;

\* [Postanweisungsverkehr.] Am ersten Februar v. J. wurde der Postanweisungsverkehr mit Österreich-Ungarn eingeführt. Die Zahl der genehmelten Postanweisungen in jenem Monat war 8,559 im Betrage von 359,798 Mark. Im November waren diese Zahlen bereits auf 14,186 Stück und 686,508 Mark gestiegen; und es steht zu erwarten, daß im Dezember sich dieser Verkehr, gegen den Februar, verdoppelt haben wird. Am ersten Februar des gegenwärtigen Jahres beginnt der Postanweisungsverkehr mit Frankreich, und es sind dann nach allen Ländern Europas, mit Ausnahme Russlands, der pyrenäischen und der Balkan-Halbinsel, Postanweisungen zulässig.

[Ein Schreiben Moltke's.] Amerikanische Journale veröffentlichten folgendes Schreiben, welches der General-Feldmarschall Graf Moltke unter dem 25. November 1875 an den deutschen Gesandten von Schlözer in Washington gerichtet hat:

„Ich hochwohlgeboren dankt ich für die mir gemachten Mittheilungen, und kann ich nur darauf antworten, daß ich nie von irgendemandem über den Werth amerikanischer Generale fragt wurde. Würde ich aber gefragt worden sein, so hätte ich nie ein so abprechendes Urtheil gefällt, wie es mir im „Herald“ untergekommen ist, umso mehr, da ich mir bisher keine Meinung über das Verdienst amerikanischer Generale habe bilden können. Es liegt kein Material über den Secessionskrieg vor, wie wir z. B. durch den Generalstabbericht über den deutsch-französischen Krieg zu liefern suchen, und es fehlt mir bis jetzt auch noch die Zeit, die verschieden von den zwei feindlichen Parteien herrschenden, und scheinbar im Partheigefüge gehaltenen Berichte einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen. — Ebenso wenig, wie ich mir erlaubt habe, ein Urtheil über amerikanische Soldaten und Generale zu fällen, ist es mir eingefallen, über West-Point zu sprechen, und hätte ich darüber zu sprechen gehabt, so würde ich es sicherlich nicht gehabt haben, wie es im „Army and Navy Journal“ vom 7. August erzählt und in der Nummer vom 7. September desselben Journals weiter eingehend besprochen wird. — Alle diese Schilderungen und mir unterlegten Aussprüche entbehren ganzlich jeden Grundes und sind leere Erfindungen. Erlauben Sie z. B. Moltke.“

[Münz-Prägungen.] In den deutschen Münzstätten sind bis zum 8. Januar 1876 geprägt: an Goldmünzen: 977,140,260 Mark Doppelkronen, 301,939,180 Mark Kronen; hieron auf Privatrechnung: 86,273,505 M.; an Silbermünzen: 25,385,105 Mark 5-Markstücke, 109,221,594 Mark 1-Markstücke, 11,720,576 M. 50-Pfennigstücke, 20,268,438 M. — Pf. 20-Pfennigstücke, an Niedelmünzen: 12,845,505 Mark 20 Pf. 10-Pfennigstücke, 7,260,120 Mark 90 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 4,659,090 Mark 44 Pf. 2-Pfennigstücke, 2,493,219 Mark 1 Pf. 1-Pfennigstücke. Gesamttausprägung: an Goldmünzen: 1,279,079,440 Mark; an Silbermünzen: 166,605,013 Mark — Pf.; an Niedelmünzen: 20,105,626 Mark 60 Pf.; an Kupfermünzen: 7,152,309 Mark 45 Pf.

[Frankfurt, 14. Januar. [Berurtheilung.] Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: In der heutigen Sitzung der Berufungskammer des hiesigen Appellations-Gerichts fand Verhandlung gegen den früheren verantwortlichen Redakteur unseres Blattes, Herrn D. Hörr, in der Anklageses des Artikels in Nr. 84 vom 25. März v. J. und der Broschüre „Der Culturkampf“ statt. In beiden Fällen hatte das Gericht erster Instanz auf Freispruch erkannt. Das Appellationsgericht verwarf auch die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung, soweit sich dieselbe auf die genannte Broschüre bezog. Hinsichtlich des Artikels in Nr. 84 der „Frankfurter Zeitung“ vom vorjährigen Jahre schloß der Gerichtshof zweiter Instanz sich jedoch den Ausführungen der Staatsanwaltschaft an und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Die Ober-Staatsanwaltschaft hatte eine Gesamtstrafe von 6 Monaten beantragt.

München, 16. Januar. [Die Herzogin Maximilian.] Schwiegermutter des Kaisers von Österreich, ist an der siebenfachen Bronchitis erkrankt. Nach dem heute ausgegebenen ärztlichen Ballein scheint die Erkrankung nicht unbedeutlich.

Karlsruhe, 15. Januar. [Dementi.] Der „Kölner Volksitz.“ geht aus Baden folgendes Dementi zu: Die in mehreren Blättern verbreitete Nachricht, daß die erzbischöfliche Curie einen Ausgleich mit der badischen Staatsregierung in Bezug auf das Prüfungswanges der Theologiebeflissen anbahne, war durchaus unrichtig. Schon das entschiedene, konsequente Verhalten der Curie in dem einen Glatzfelderischen Falle, der in jener Sache seinen prinzipiellen Ausgangspunkt hat, widerlegt dieses Gericht gründlich.

### D e s t e r r e i c h .

\* Wien, 14. Januar. [Das Klostergez im Herrenhaus. — Die Clubs und der ungarische Ausgleich.] Das Herrenhaus hat also in dieser Session doch noch seine „große“ Debatte. Es absolvierte nämlich heute die Generaldebatte über das Klostergez, das die Regierung vor zwei Jahren im Reichsrath einbrachte, und stützte den Eintritt in die Specialdebatte auf morgen, nachdem es den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung abgelehnt. Wie bei den Discussionen der übrigen confessionellen Gesetze waren auch diesmal viele Erz- und Fürst-Bischöfe erschienen, die von ihren Brixstimmen sonst niemals Gebrauch machen: namentlich Cardinal Schwarzenberg aus Prag, der Olmützer Erzbischof Landgraf von Fürstenberg, die beiden Kampfhähne Gasser aus Brixen und Zwerger aus Seckau (Steiermark), Stepinck aus Lavant (Steiermark), Wery von Guck (Kärnten) und der neue Fürstbischof von Laibach Pogazec. Der Letzte hat sich bisher noch immer verfaßungstreu benommen: man darf daher neugierig sein, wie er in diesem Falle stimmen und eventuell sprechen wird. Auch die Fraktion der Feudalen, die sonst niemals an den Berathungen teilnimmt, die Grafen Schönborn, Salm u. s. w., war auf dem Platze — sogar der Concordats-Vater Graf Leo Thun ließ sich herbei, dem Hause wieder einmal die Ehre einer Gastrolle zu erweisen. Er hat das immer in ungeheuren Pausen: im März 1868 bei den ersten confessionellen Gesetzen, dann im April 1874 bei den zweiten Maigesetzen, und jetzt wieder. Jedes Mal leitet er seine Rede mit den Worten ein, daß er das hohe Haus nicht nur in dieser kirchlichen Frage für incompetent ansche, sondern überhaupt nicht für existenzberechtigt halte. Darauf weist ihn der Baron Lichtenfels eben so regelmäßig zurecht: „wer hier seinen Sitz einnimmt, erkennt schon dadurch das Herrenhaus als verfaßungsmäßigen Factor der Gesetzgebung an.“ Die heutige Debatte förderte nichts Interessantes zu Tage: die Sache ist aber in allen Richtungen durchgesprochen. Der Prager Cardinal versicherte ganz naiv, daß ihn die Orden und die Einmischung der fremden Ordensgenerale „nicht im mindesten genügt“ — auch sei von dieser Einmischung keine „Verwaltung“ zu fürchten; viel näher die Gefahr einer Verprüfung durch die vielen Lehrer, die man aus dem deutschen Reiche verschreibe. Die Leute Liebisch und Helferstorfer (von den Schotten in Wien) sprachen gegen das Gesetz, letzterer pro domo troz seiner allzeit bewährten Verfaßungstreue. Natürlich heißt auch Graf Thun eine langatmige Rede in demselben Sinne und mit den alten abgedroschenen Phrasen. Dafür sprachen außer dem Berichterstatter Hasner und dem Minister Stremayr nur der greise Lichtenfels, diesmal ohne besondere Momente vorzubringen. Der ganze Nachdruck liegt hier auf der Specialdiscusion, da die Commission des Herrenhauses — ja eine Minorität unter Lichtenfels noch mit Verstärkungen — alle jene erweiternden Zusätze acceptirt hat, die Stremayr im Abgeordnetenhaus für unannehmbar erklärt. Wird das Plenum nun abermals seinen Ausschluß im Stiche lassen, wie bei dem Antrage Wilbauer? und im entgegengesetzten Falle, wird die Regierung zum ersten Male einem von beiden Häusern acceptirten Gesetz die Sanction der Krone vorenthalten? — Auch der Club der Linken beschloß gestern unter ausdrücklicher Zustimmung Herbst's, vorläufig von jeder parlamentarischen Action in Sachen des ungarischen Ausgleiches abzusehen. „Wir wissen, was Sie wollen, und Sie wissen, was wir wollen — darauf beruht unser Vertrauen“ sagte Lasser. Merkwürdig ist nur, daß die Minister sich noch immer über Verlegung des Ministeriums beklagen, weil ihre Neuerungen im Fortschritts-Club, daß sie nämlich das tiefe Still schweigen beobachten müssten, publik geworden sind. Eine eigene Art von Parlamentarismus!

Wien, 15. Januar. [Herr Daniel Eskeles,] Chef des Hauses Arnstein und Eskeles, Schwiegervater des Generals Gablenz und Baron d. Paula ist heute Nachmittag gestorben.

Wien, 15. Januar. [Renten anleihe.] Wie die „Presse“ meldet, wurden zur Übernahme der Renten anleihe von 40 Millionen die Creditanstalt-Gruppe und der Bankverein vom Finanzminister aufgefordert. Der Bankverein concurreerte in Verbindung mit einer Gruppe deutscher, französischer und belgischer Bankhäuser. Die Übernahme der Anleihe wurde von der Creditanstalt-Gruppe erstanden. Die Anleihe ist in vier Raten bis zum Juli d. J. wie es heißt, zum Course von 67½ zu übernehmen.

### F r a n k r e i c h .

Paris, 13. Jan. Abends. [Stimmen der Presse über die Proclamation Mac Mahons.] Die Proclamation Mac Mahons ist heute an allen Straßenecken angeschlagen worden. Sie macht nicht viel Aufsehen im Publikum; den Eindruck, den sie in der politischen Welt hervorruft, ist ein sehr gemischter. Man weiß nicht recht, was damit anfangen; allgemein findet man, daß sich das Bedürfnis eines solchen Manifestes, welches so wenig Ausschluß über die wahren Tendenzen der Regierung gibt, durchaus nicht fühlbar mache. Die Proclamation ist offenbar von Buffet geschrieben und der „Temps“ meint mit Recht, man könne eher sagen, Mac Mahon habe das Manifest Buffet's gezeichnet, als umgekehrt. Gewisse Sätze des Documents, wo von der antisocialen Doctrine u. s. w. die Rede ist, wiederholen fast wörtlich Buffet's Erklärungen auf der Tribüne. Andererseits enthält die Proclamation eigentlich nichts, was nicht auch die conservativen Republikaner unterschreiben könnten und es ist also nicht auffallend, wenn sie die Billigung der liberalen Minister gefunden hat.

Dies ist nach den letzten Mittheilungen der „Agence Havas“ der Fall; in Folge des heutigen Ministerates scheint jede Veränderung im Ministerium für jetzt vermieden zu werden. Der nächste Conseil soll erst Montag stattfinden. Buffet muß sich also das Verbleiben Léon Say's im Ministerium einstellen noch gefallen lassen, und unter diesem Gesichtspunkte läßt sich das Manifest als eine Art Genugthuung, welche dem Vicepräsidenten des Conseils gewährt worden ist, betrachten. Mac Mahon, heißt es, hat das Entlassungsschreiben Léon Say's selbst in's Feuer geworfen, worauf der Finanzminister bemerkte: „Es darf aber nicht mehr die Rede davon sein, daß ich mich von meinen Freunden Feray und Gilbert-Boucher zu trennen habe.“ — Nein, antwortete Mac Mahon, Herr Feray und Herr Boucher sind Ehrenmänner.“

Die republikanischen Abendblätter heben besonders hervor, wie bedauerlich es sei, daß Mac Mahon in seiner Proclamation gewissermaßen die Verantwortlichkeit für die Politik Buffet's übernehme. Diesen Bedenken macht auch die bonapartistische „Liberie“ geltend, die im Übrigen natürlich den Erklärungen des Staatsoberhauptes bestimmt. Mit gewohnter Annahme giebt Paul de Cassagnac im „Pays“ seine Zustimmung. „Wir gewähren, sagt er, die vier Jahre, welche das Manifest verlangt, überzeugt, daß wir so zugleich im

Interesse Frankreichs und im Interesse unserer Partei handeln. Im Augenblick, wo der Marschall entschlossen wieder die conservative Bahn betritt, ist kein Grund vorhanden, warum wir ihm nicht folgen sollten. Nur haben wir uns deutlich über die Bedingungen des Contratcs, den wir eingehen, zu verständigen. Die imperialistische Partei hat großmuthig dazu beigebracht, dem Marschall zur Gewalt zu verhelfen und die imperialistische Partei ist unter dem Marschall ärger als unter Herrn Thiers selber gehegt und verfolgt worden. Das Ministerium des alten Invaliden Chabaud Latour war gehässig für uns. Man muß darauf achten, daß dieser schlechte Witz sich nicht wiederholt“ u. s. w. Die legitimistische „Union“ ist der Meinung, das Manifest werde seine wahre Bedeutung erst dann erhalten, wenn die Cabinekrise wirklich beendet sein wird, was noch nicht der Fall ist. Das orleanistische „Journal de Paris“ sieht von Anerkennung aber und sagt: „Es hieße die Wichtigkeit des Manifestes des Marschalls zu gering anschlagen, wenn man dasselbe ausschließlich mit der ministeriellen Frage in Verbindung bringen wollte. Es hat eine weit größere Tragweite; der Gedanke desselben ist ohne Zweifel von dem Marschall schon seit langer Zeit und ohne jede Rücksicht der genannten Art gefaßt worden.“

[In Algerien] hat gestern ein starker Sturm gewütet. Der Telegraph meldet von argen Verheerungen.

Paris, 14. Januar. [Stimmen der Presse über Mac Mahon's Manifest. — Leon Say's Stellung zum Ministerium. — Zur türkischen Frage. — Die Pariser Arbeiter und die Senatswahlen. — Der Bischof von Rodez.] Wer aus den Journalen Aufklärung über den tieferen Sinn des gestrigen Manifestes schöpfen wollte, der würde sich unangenehm getäuscht finden. Wie es zu gehen pflegt, zieht jede Partei nach Möglichkeit die Decke an sich. Der „National“ jubelt über die vollständige Niederlage Buffet's, und der „Soir“ ruft den Republikanern zu: Zweifelt ihr nun noch daran, daß der Marschall und der Vicepräsident des Conseils ein Herz und eine Seele sind? Im „Univers“ beweist Louis Beuillet mit Beständigkeit aus dem Text der Proclamation, daß Mac Mahon bis zum Jahre 1860 strenges Regiment führen will, und mit nicht geringerer Beständigkeit beweist die „République française“ aus diesem Text, daß der Marschall-Präsident sich zum ersten Male wirklich dem Geiste der republikanischen Regierung füge. Die Genugthuung des Gambetta'schen Blattes ist so groß, daß man sie für eine ironische halten könnte. Buffet und die Anhänger des constitutionellen Königthums, sagt die „République“, haben dem Marschall die Rechte und Eigenschaften eines constitutionellen Königs verliehen wollen; aber die Umstände sind mächtiger als ihr Wille. Das Senatsoberhaupt sieht sich veranlaßt, persönlich dem Lande gegenüber eine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Diese Verantwortlichkeit charakterisiert den republikanischen Beamten; folglich existiert die Republik nicht nur, sondern sie beherrscht selbst diejenigen, welche sie nicht anerkennen wollen. Specielle Berücksichtigung verdient in dieser Angelegenheit aus bekannten Gründen die Meinung der „Debats“. Aber die „Debats“ haben auch keine rechte Meinung. In einem ersten Artikel tabeln sie das Manifest als überflüssig und nichtsagend und werben ihm vor, daß es dem Geiste der Verfaßung vom 25. Februar nicht ganz gemäß sei; und in einem zweiten Artikel loben sie es ohne Vorbehalt. Über Leon Say's Stellung zum Ministerium steht das „Journal des Debats“ in folgender Note Ausschluß: „In Folge des gestrigen Ministerraths hat Herr Leon Say seine Geschäfte als Finanzminister wieder übernommen. Wir sind ermächtigt, neuerdings zu versichern, daß Herr Leon Say nichts an den Bedingungen ändert, unter welchen er sich in dem gemeinsam mit den Herren Feray und Boucher unterzeichneten Rundschreiben den Senatswählern von Seine-et-Oise vorgestellt hat.“ Allo è finita la commedia, für eine Weile wenigstens und die Ereignisse der letzten Woche lassen sich in den alten Spruch, „viel Geschrei und wenig Woll“ zusammenfassen. — John Lemoinne behandelt heute in den „Debats“ die türkische Frage. Die milde Form der Andrássy'schen Note, meint er, kann nicht verhindern, daß das Auftreten der Mächte als ein sehr kategorischer Einmischungsact zu betrachten ist. Die Umgestaltung der Türkei kann sich nur durch eine fremde Verwaltung vollziehen und kann nur durch eine fremde Besatzung verbürgt werden. Österreich fällt ganz von selbst dieses Amt zu. Das ist zugleich nicht der Anfang, sondern die Fortsetzung der Bergliederung der Türkei und die occupirten Provinzen werden natürlich in dem Maße wie Serbien und die Donaufürstenthümer ihre Befreiung fordern und erlangen müssen. Es ist das eine Bedingung des europäischen Friedens und für die Türkei das beste Mittel, den Rest ihrer Besitzungen zu behalten. — Gestern haben die republikanischen Mitglieder des Generalrats der Seine vorläufig über die Senatscandidaturen abgestimmt. Die meisten Stimmen erhielten der Reihe nach Victor Hugo, Louis Blanc, Peyrat, Cloquet, Freycinet und Tolain. Einige Stimmen fielen auf den Bronze-Zürcher Mallarmet und einen anderen „Arbeiter“ ohne nähere Bezeichnung. Tolain wird bekanntlich von den Pariser Arbeitern nicht mehr für einen der ihrigen angesehen und durch seine Ernennung würden sie sich keineswegs im Senat vertreten glauben. Aber auch die Candidatur Mallarmet's hat viele Gegner unter ihnen, und bis jetzt haben sie keinen Arbeiter mit solcher Einflussmöglichkeit in Vorschlag gebracht, daß sich sein Name den Senatswählern mit Notwendigkeit aufdränge. — Man erinnert sich, daß vor 3 Monaten der Unterrichts-Minister die Bischöfe aufgefordert hat, in den Kirchen das Salvam fac rempublicam singen zu lassen. Der Bischof von Rodez hat erst jetzt Zeit gefunden, dieser Anweisung nachzukommen. Er begleitet seinen Befehl an die Pfarrgeistlichen mit einem Schreiben, worin es unter Anderem heißt: „Die wahren Christen werden dieses Gebet mit einem tiefen Gefühl des Mitleids für unser armes Land hersagen, welches in Wahrheit nur von Gott noch etwas zu hoffen hat.“

### G r o s s b r i t a i n i e n .

London, 13. Jan. [Zur orientalischen Frage.] Eine aus Berlin hierher gelangte Nachricht, Lord Derby habe schon seinen Beitritt zu den Vorschlägen des Grafen Andrássy erklärt, läßt hier auf Unzufriedenheit. Der Minister des Auswärtigen weilt seit gestern in der Hauptstadt, der Premierminister wird am 15. eintreffen, und auf den 18. ist der erste Cabinetsrat anberaumt. Ob nun Lord Derby bis zu gemeinsamer mündlicher Berathung mit seinen Collegen die Beantwortung hinausschieben wird, ist nun doch fraglich; wenngleich in denselben Kreisen, welche der Bekehrung Englands an den diplomatischen Schritten bei der Porte abgeneigt sind, eine solche Verzögerung vorausgesetzt wird. Die Manchester-Örtlichkeit findet ihre Vertretung in den Spalten der „Daily News“, wo dem Cabinet vorgehalten wird, die Note Andrássy's enthalte, wenn auch in milder Form, jedenfalls einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates. Englands Interesse gebiete aber in diesem Falle eine Einmischung nicht, und es sei somit um so mehr Grund, achtungsvoll die Bekehrung an dem Schritte der Nordmächte abzulehnen, als derselbe gegen Englands traditionelle Politik angehe. Eine Bekehrung an dem genannten Schritte hält „Daily News“ überhaupt nur dann für möglich und gerechtfertigt, wenn man gleichzeitig auch bereit und gesonnen wäre, der Türkei den Besitz der auffständischen Provinzen zu garantieren, was

England ja unter keinen Umständen könne. Man wisse auch zu wenig über die Ansichten und Ziele der Nordmächte. Jegliche Erwähnung der Politik, die Freundschaft für die Mächte sowohl wie für die Türkei, verweise England darauf, seine volle Freiheit des Handelns aufrecht zu erhalten. Falls die Enthaltung der Regierung sich auf diese Ansicht bezüglich ihrer Pflichten stützen sollte, würde es kaum zu beweisen sein, daß sie ohne Rücksicht auf Parteimeinungen die Unterstützung des Parlamentes wie des Landes erhalten würde. Die „Morning Post“ ist ähnlicher Meinung; sie hält eine Einmischung in die Angelegenheiten der Türkei um so weniger gerechtfertigt, weil der Sultan schon mehr gewährt habe, als die österreichische Note fordere. Ja, wenn Worte Thaten wären! Dagegen spricht der „Daily Telegraph“ die Hoffnung aus, daß ein Plan, welcher als wohlthätig bei den Nordmächten Beifall gefunden habe, sich auch schließlich in England der öffentlichen Meinung empfehlen und zur Annahme gelangen möge. Er erwartet daher eine Entscheidung der Regierung in diesem Sinne.

[In Bezug auf die Gerüchte über Misshelligkeiten zwischen dem Khedive und Herrn Cave] wird der „Times“ aus Alexandria geschrieben, von einem Streite sei keine Rede gewesen, doch habe allerdings eine Schwierigkeit vorgelegen, bei welcher es sich, wie schon früher mitgetheilt, um Vorlegung der Rechnungen handele. Der Khedive, so lautet die neueste Lesart, nahm gar keinen Anstand, die nötigen Ausschlüsse zu geben, allein die britische Regierung hatte den Zweck der Sendung vor dem Eintreffen des Herrn Cave nicht klar definiert. Es bleibt übrigens von der erwähnten Schwierigkeit kein Schatten zurück. Herr Cave und Genossen sind eifrig an der Arbeit. Ein beständigeres Ergebnis ist zu erwarten, und der Khedive bombardirt das Schätzamt um zwei Beamte, die dauernd an die Spize des ägyptischen Finanzwesens treten sollen.

[Das Tagebuch des ermordeten Consularbeamten Margary.] dessen Tod zu Beweisungen und beinahe zum Kriege zwischen England und China führte, ist in Shanghai veröffentlicht worden. Es scheint aus demselben hervorgegangen, daß der Angriff auf Margary, so wie die oft wiederholten Bekleidungen von Fremden weniger der Feindlichkeit als der Schwäche der Centralregierung und dem geringen Einfluß zuzuschreiben sind, den sie auf viele entlegene Theile des großen Reiches ausübt. [Zur Witterung.] Im Laufe des gestrigen Abends trat hier starker Schneefall ein, der auf den Verkehr außerordentlich wirkte. Die Kälte dauert fort und auf den Leichen in den Parks hat sich bereits eine tragfähige Eiskruste gebildet, ihr Schlittschuhläufer die erste willkommene Gelegenheit, in diesem Winter ihre Kunst zu üben. Die arbeitenden Klassen aber haben vielfach unter dem Einfluß der Witterung zu leiden und eine große Anzahl von Maurern, Pfasterern u. s. w. ist zeitweilig brodlos.

### R u s s l a n d .

St. Petersburg, 12. Januar. [Die Deutschen in Russland und die gegenwärtige öffentliche Stimmung.] Die ganze Art und Weise, wie die „Russki Mir“ auf die große Anzahl der „Deutschen“ im russischen Staatsdienst hinweist, hat hier nur den Effect eines Mandators gemacht, daß auf Seiten des genannten Blattes nicht eben neu ist. Der „Russki Mir“ ist ein höchst rühriges Sensationsblatt, welches ein Vergnügen darin sucht, immer anders zu schreiben, als die übrigen Zeitungen. Es opponirt gegen die deutschen Namen in russischen Diensten, gegen alle möglichen Reformen, speziell gegen Einführung der Wehrpflicht, gegen die allgemeine Friedensdenzen u. s. w., weil das Blatt sicher ist, daß solches die wohlthätige Richtung der gegenwärtigen Politik in keinem Falle beeinträchtigen wird, und dennoch etwas Appelles bleibt. Man hat es von jeher als einen Vorzug, der russischen Verwaltung angesehen, daß man in Russland ohne die geringsten Vorurtheile Federmann zu verwenden geneigt ist, der überhaupt dem Lande nützlich zu werden verspricht. Das ist so selbstverständlich, daß ein nichtrussischer Name in unseren Ranglisten, Staatshandbüchern, Landtagen, Adels-Conventen, Bürgerversammlungen überhaupt gar nicht auffällt. Wem der Staat Vertrauen schenkt, dem gebührt bei uns Vertrauen, und es läßt sich kein Nationalruss denken, welcher es ruhig hinnähme, wollte man seine Dankbarkeit gegen einen dem Kaiser oder dem Allgemeinen geleisteten Dienst aus nationalen oder aus andern Gründen in Frage stellen. „Bei Gott geht kein Gebet, bei dem Jaren kein geleisteter Dienst verloren“, heißt ein sehr bekanntes russisches Sprichwort und darauf ist der Russen stolz, denn darin liegt für den Lüttigen eine Garantie des Fortcommens, welche ihn selbst über das Dunkel geringer Herkunft und über den Mangel an Protection hinweghebt und zum Lusharren bringt. — Wir erinnern vor Allem an die lebhafte Opposition, mit welchen man die Entdeckungen der Ausländer Nordenfeld und Wiggins bei uns gefeiert hat. Ja, die Gesellschaft zur Förderung des russischen Handels und Gewerbes hat beschlossen, künftigen Sommer zur Erforschung der sibirischen Nordküsten eine Expedition auszurüsten und den Capitain Wiggins um Übernahmede der Leitung derselben zu bitten. Obwohl Russland national-russische Seefahrer genug hat, so zollt der „Golos“, — welcher doch gewiß sehr national gesinnt ist — der Wahl der erwähnten Gesellschaft den uneingeschränktesten Beifall. Der „Golos“ wundert sich natürlich, daß die zahlreichen Entdeckungsreisen von russischen Seefahrern nationaler und nichtrussischer Herkunft auf dem Meere weniger große Resultate aufgewiesen, als die Reisen unserer Entdecker zu Lande. Aber da die erwähnten Ausländer auf dem Meere das von uns Russen Geleistete überboten haben, so gehört es sich, daß man an diese bewährten Ausländer sich wendet, und es gebührt ihnen der volle und uneingeschränkte Dank Russlands, wenn sie zu solchem Werke sich herbeilassen.

Dann auch ist der Artikel des „Russki Mir“ nicht einmal begründet. Aus der Aufzählung von Namen nichtrussischen Ursprungs folgt noch nichts, was auf die Nationalität von deren Träger hinweist. Es wird z. B. Niemand einfallen, dem verstorbene langjährigen Präsidenten des Petersburger slavischen Wohlthätigkeit Comites Hilferding, dem in Strousberg's Sache verwickelten Moskauer Oberbürgermeister Schumacher, den Dichtern und Schriftstellern von Wiesen (einem der nationalsten russischen Comödiendichter), Delwig, Dahl, Chemitzer u. s. w. die Eigenschaft als Russen zu bestreiten; eben so wenig kann man das irgend einem Offizier oder Staatsbeamten gegenüber, der einen nichtrussischen Namen trägt, aber sich als Russ fühlt. Es liegt in Russland im Dienste nur Russen, mag ihre Abstammung oder ihre Religion sein, welche sie wolle. Ungähnliche Träger deutscher Namen haben übrigens schon seit einem Jahrhundert und länger alle an ihren nichtrussischen Ursprung erinnernden Merkmale — wie Religion und Muttersprache — verändert und müssen, wenn sie deutsch sprechen wollen, die Sprache erst mühsam erlernen. Viele dieser Träger deutscher Namen sind in Bezug auf nationale Eigentümlichkeiten sogar wo möglich noch viel russischer, als manche Sprößlinge von Familien, in deren Stammbaum gar kein nichtrussischer Name vorkommt. Hierbei ist es gewiß zeitgemäß, zu erinnern, daß der sogenannte Deutschenhaß eine Mode gewesen, welche von gelehrt oder journalistischen Kreisen ausgegangen war und im Volke niemals Wurzel gefaßt hatte. Die Erinnerung an die alte Waffenbrüderlichkeit mit Preußen und Österreich ist im Gegentheil immer regewesen, während man im Volke von den Franzosen nur wußte, daß sie 1812 und 1854 ohne Raths und angegriffen haben und 1863 sich in unsere inneren Angelegenheiten mischen wollten. Es dauerte daher nicht lange und der Deutschenhaß verschwand auch aus der Literatur und wurde — was sein Wiederaufleben auch hier unmöglich macht — langweilig und abgedroschen. — In solchen auswärtigen Organen, welche mit den

russischen Verhältnissen wenig vertraut sind, wird freilich zuweilen auf die angebliche Stimmung des Großfürsten-Thronfolger hingewiesen und ihm eine Abneigung gegen das deutsche Element zugeschrieben. Solche Vorwürfe entbehrt aber jeder Begründung. Der Thronfolger ist eine wenig mittelbare Natur, und giebt daher wenig Stoff zu Debatten über sein Wesen und seine angeblichen „Stimmungen“. Aber was man seit Jahren von ihm weiß, reicht vollkommen hin, um jede Annahme des „Deutschenhauses“ bei ihm zu widerlegen. Die Kaiser Nicolaus I. und Alexander II. haben beide Werth darauf gelegt, daß ihre Thronerben in den Gang der politischen Angelegenheiten bei Zeiten eingeweiht würden. So ist auch der Czarewitsch Alexander Alexandrowitsch in die Politik seines Vaters eingeweiht, und hat seitdem in den Reichsrathdebatten nur Aussprüche gehabt, welche die aufrichtige Übereinstimmung mit dem, was in der gegenwärtigen Richtung liegt, ausdrücken. Was bei dem Thronfolger besonders diesen Eindruck auf das Publikum macht, ist seine hohe Gewissenhaftigkeit im Privat- und Staatsleben. Es ist auch etwas vorgekommen, was der lebhaften Petersburger Mediasse zu Aeußerungen über das Haushwesen des großfürstlichen Paars Stoff gegeben. Andererseits geht der Thronfolger — wie das sein neulicher Tagesbefehl als Höchstkommandirender der Garde wieder beweist — in den ihm vom Kaiser anvertrauten Funktionen mit einem Pflichtgefühl zu Werke, welches alle dem entgegenstehenden Vorwürfungen ausschließt. Die Erfolge der friedlichen Politik Alexanders II. erlauben aber die beste Conjectur über das, was dem russischen Reiche heilsam ist, und der Thronfolger wird als russischer Kaiser das Hell Russlands zuverlässlich ebenso über Alles stellen, wie sein kaiserlicher Vater.

## Provinzial- Zeitung.

Breslau, 17. Januar. Angelommen: S. Durchlaucht Prinz Friedrich Wilhelm zu Hohenlohe-Ingelheim, General-Lieutenant und Generalkommandeur Sr. Majestät des Kaisers und Königs, aus Rothenburg. S. Durchlaucht Prinz Franz v. Ratibor u. Corlay, Lieutenant, aus Potsdam. S. Durchlaucht Prinz Egon v. Ratibor u. Corlay, dessgl. S. Excellenz Graf v. Malzahn, Ober-Erb-Kämmerer von Schlesien und freier Standesherr, aus Militsch. Ihre Excell. Dr. Grafen v. Malzahn, a. Schloss Militsch.

= [Eisenbahn-Unglück.] Gestern Nachmittag nach 3 Uhr entgleiste auch der Rechte-Oderer-Eisenbahn der Zug Nr. 3 zwischen Dölln und Bohrau in Folge eines Radreifen-Bruches an der Locomotive. Die Zerrümmerung der Wagen war sehr erheblich, 4 Zugbeamte wurden beschädigt. Das Gleis ist in einer Weise gesprengt, welche die Beseitigung der Hindernisse zu einer schwierigen macht.

Aufer vorstehendem Bericht wird uns aus bester Quelle folgende Mitteilung freudlich zugefunden: „Der gestrige Unglücksfall auf der Eisenbahn bei Leichten ist in Betreff seiner Entstehung vollständig aufgeklärt. Man sandt die Bruchstücke des abgesprungenen Locomotiv-Radreifens (von der vorderen Laufachse) einige hundert Schritt hinter dem entgleisten Zuge neben dem wohlherhaltenen Gleise liegen. Der Radreifen war aus Gußstahl und hat eine wesentlich größere als die nach den Vorschriften zulässige Dicke. Die Locomotive scheint, nachdem der Radreifen abgesprungen, bald entgleist zu sein, sie kam aber erst zur Ruhe, als sie vollständig quer über das Gleis in einem flachen Einschnitt gegen die Wand eines danebenstehenden massiven Bahnhörter-Wohnhauses gelauft und diese eingerissen hatte. Dabei liegt sie fast mit den Rädern nach oben. Neben ihr, ebenfalls quer über das Gleis, lagen die beiden Postwagen und zwei Durchgangswagen der Dölln-Gnesener Bahn. Der Packwagen, welcher sich unmittelbar hinter der Locomotive befand, ist gegen diese aufgestiegen und dabei stark beschädigt, die anderen genannten Wagen sind es in geringerem Maße. Der dahinter befindliche Wagenzug, der vorzugsweise von den Reisenden besetzt war, ist auf oder doch dicht neben den Schienen aufrecht geblieben. Reisende sind, soweit zu ermitteln war, nicht verletzt. Dagegen sind der Locomotivführer und Heizer schwer, der Zugführer und Packmeister leichter beschädigt. Es kamen alsbald Aerzte aus Dölln zu Hilfe und wurden die Beschädigten in Krankenanstalten, beziehungsweise in ihren Wohnungen gebracht. — Die Aufräumung und die Freimachung des Gleises wird langwierig; es soll deshalb ein Nebengleis erbaut werden, um nach einigen Tagen den Verkehr wieder durchzuleiten. Bis dies geschehen, muß umgestiegen werden. Reisende von überhalb Oppeln werden gut thun, bis dahin über Oppeln nach Breslau zu fahren. Der Verkehr zwischen Oberschlesien und Dölln, sowie von dort her mit der Posen-Kreuzburger und Dölln-Gnesener Eisenbahn erleidet keine Einbuße.“

H. T. Breslau, 15. Januar. [Pädagogischer Verein.] Am 12. d. Mts. fand die erste Sitzung des neuen Vereinsjahrs statt. Der Kaiserliche B. Hübner berichtet über den Kassenbestand und wurde ihm, nachdem eine Commission die Rechnungen geprüft und die Kassensführung in Ordnung gefunden hatte, von der Versammlung Decharge ertheilt. Nachdem sodann der Verein über die Einziehung seit längerer Zeit außenstehender Mitgliederbeiträge Beschluß gefaßt und die Collegien Vogt und Stephan als neue Mitglieder aufgenommen hatte, hält Dr. Hübner einen längeren Vortrag über „Katholizismus und die jesuitische Erziehung“, indem er die romanischen Völker, Italien, Frankreich und Spanien, als die Repräsentanten der katholischen Erziehung darstellte und zeigte, wie die Jesuiten sich der Kunst und Wissenschaft bemächtigten und auf die Erziehung der Jugend, die gar bald in ein geschicktes System gebracht war, besonderes Gewicht legten. — Am 8. d. M. feierte der Verein im Hotel „zum goldenen Löwen“ sein fünfzigstes Stiftungsfest, das sich einer recht regen Beteiligung der Vereinsgenossen zu erfreuen hatte und dessen Verlauf in allen seinen Theilen ein recht befriedigender genannt zu werden verdient. Während des Festessens lief ein Telegramm von dem Ehrenpräsidenten des Vereins, Hrn. Kiesel aus Herborn, ein, das sofort erwidert wurde. Aus dem vom Schriftführer Löpler II. verfaßten und nach aufgegebener Tafel zur Verleistung gelangten Jahresbericht geht hervor, daß der Verein auch im vorjährigen Jahr in 25 Sitzungen fleißig gearbeitet und ein reiches Material bereitgestellt hat. Vorzüglich beschäftigte er sich mit dem Studium der Geschichte der Pädagogik und soll dasselbe auch im neuen Jahre fortgesetzt werden, ohne die Wahl sonstiger freier Themen zu beschränken. Höhe der Verein immer mehr wachsen, nicht nur an Zahl seiner Mitglieder, sondern auch an innerem Thathafe und so bewahren den guten Klang, dessen sich sein Name in der Provinz wie außerhalb denselben erfreut!

B. Breslau, 12. Januar. [Zum Gesetzentwurf über das Hilfskassenwesen.] In einer gestern Abend stattgefundenen Versammlung sämmtlicher Vorstände der bietigen Orts-(Gewerbe)-Vereine (Hirsch-Dunder) kam auch die Stellung zur Sprache, welche die aus den verschiedenen Parteien erwählten Commissions-Mitglieder gegenüber dem Antrage der Social-Demokraten, „Herrn Bebel oder Höffmann den Vortrag in der Hilfskassenfrage zu übertragen“, eingenommen hätten; hierbei wurde constatirt, daß vorher ausdrücklich versichert war, nur Breslauer Arbeiter würden über den Gesetzentwurf referieren, jedoch bleibe es jeder Partei unbenommen, für die nachfolgende Debatte Redner von auswärts anzuziehen. Die Herren Schubert und Heyne erklären die Seiten der Socialdemokraten beliebten Maßnahmen als außer der Verabredung liegend, und schloß hieran Herr Andreae (Mitglied des Centralrats der deutschen Gewerbe-Vereine) eine längere Abhandlung, worin er besonders die Gewerbe-Vereine warnt, sich auch selbst in sogenannten neutralen Fragen nicht mit den Socialdemokraten zu vereinigen, denn dieselben berühren die anderen Parteien nur als Staffage und halten fast nie ihr gegebenes Versprechen. Die Vereinigung wenn auch nur einzelner Mitglieder der Gewerbe-Vereine mit der Socialdemokratie erweckt sehr leicht in der öffentlichen Meinung den Glauben, die Gewerbe-Vereine seien die Schule oder der Lehrgang zur Socialdemokratie, oder gar, die Gewerbe-Vereine gingen mit den Socialdemokraten Hand in Hand. Folgender aus der Versammlung gestellter Antrag wurde einstimmig angenommen: Die Vorstände der Breslauer

Orts-(Gewerbe)-Vereine (Hirsch-Dunder) erklären, daß sie nie, weder in einzelnen Fragen, noch etwa gar im Princip als Verein oder Partei gemeinsam mit den Social-Demokraten gegangen sind und werden sie auch ferner an diesem Grundsatz festhalten. — Da, wie Herr Andreae weiter ausführt, der mit großer Majorität in Liebich's Local angenommene Protest gegen das Hilfskassen-Gesetz der Annahme Raum giebt, daß auch die Mitglieder der Gewerbe-Vereine mit dem Protest einverstanden sind, so sei, um den Standpunkt der Gewerbe-Vereine zu wahren, welches falls die Ablehnung des durch die Commission des Reichstages in zweiter Lesung bedeutend verbesserten Gesetzentwurfs wünschen, eine diesbezügliche Erklärung der Ortsvereins-Vorstände nötig. Der Gesetzentwurf besteht von der oft kleinlichen politischen Bevormundung und gebietet den freien Arbeiterklassen Corporationsrechte, es sei demnach nur noch die Abänderung der § 6 und 15 nothwendig und beweist dies der in getriger Versammlung von Herrn Schubert gestellte Antrag, welcher lautet: „Der hohe Reichstag wolle dem von der Commission beschlossenen Entwurf des Hilfskassen-Gesetzes im § 6 al 2 folgende Fassung geben: „Die Beteiligung an der Kasse kann von der Bedingung der Theilnahme an anderen Vereinen oder Gesellschaften abhängig gemacht werden“ und ferner den § 15 dementsprechend abänder.“ Der Antrag fand einstimmige Annahme und wird dem Bureau des Reichstages zugestellt werden.

Δ Schweidnitz, 15. Januar. [Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] In der am 13. d. M. abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurden die umbesetzten Stadträthe Caspari, Göllner und Riebel, welche durch Wiederwahl von neuem zu dieser Stellung berufen worden, unter Hinweis auf den früher geleisteten Dienststand durch Handschlag von dem Oberbürgermeister Glubrecht verpflichtet und somit in ihre Amtier eingeführt. Ebenso wurden die neu gewählten resp. wiedergewählten Stadtvorordneten-Vorsteher, Justizrat Koch, begrüßt die neu eingeführten Stadträthe und Stadtverordneten im Namen der Versammlung. Hierauf wurde der Verwaltungsbericht über das Jahr 1875 von dem Protokollführer Käse vorgetragen, aus welchem Referent folgende Notizen entlehnt. Es wurden 259,018 Mark 3 Pfg. außerordentlich bewilligt. Im Laufe des Jahres wurden 24 öffentliche und 23 geheime Sitzungen abgehalten. In diesen wurden 75 Vorlagen zum Vortrage gebracht und 76 davon erledigt. Von den 36 resp. 35 Stadtverordneten waren durchschnittlich 28 anwesend. Im Laufe des Jahres wurde 143 Kindern, welche städtische Schulen besuchen, freier Unterricht bewilligt. — Bei der nach dem Vortrage des Berichts erfolgten neuen Constitution des Vorstandes wurden die Mitglieder, welche bisher denselben gebildet, wiedergewählt, und zwar zum Vorsteher Justizrat Koch, zum Protokollführer Autograph Nägele, zum stellvertretenden Vorsteher Professor Dr. Schmidt, zum stellvertretenden Protokollführer Particular Müsenberg.

Δ Böhl, 16. Januar. [Communales.] Freitag Nachmittag fand in der ersten diesjährigen Stadtverordneten-Versammlung die Amtseinführung der neu- und wiedergewählten Stadtverordneten statt, nämlich der Herren Schornsteinfegermeister Otto Mozel, Böttchermeister Trenka, Aderbürger Cagia, Kaufleute W. Otto, Heinrich Fuchs, Dirigent Busch, em. Lehrer Heide und Färbermeister Müller; dieselbe vollzog, da der neue Bürgermeister Herr Hauptmann a. D. von Euen sein Amt noch nicht angereten hat, der Beigeordnete Herr Dr. Höninger. Darauf erfolgte die Wahl des Büros; zum Stadtverordneten-Vorsteher wurde Herr Apotheker Paul Lange, zum Stellvertreter Herr Kaufmann Adolph Horn, zum Protokollführer Herr Schornsteinfegermeister O. Mozel und zum Stellvertreter Herr Kaufmann Heinrich Fuchs gewählt.

-r. Jawodzki bei Kattowitz. [Verbrechen.] Der 38jährige Schuhmäher und Musius Anton Kapuscziol von hier, hat in der fünften Nachmittagsstunde des gestrigen Tages (am Freitag) seine noch nicht 20 Jahre alte Ehefrau Maria in Veranlassung eines Wortwechsels dadurch getötet, daß er ihr mittelst eines Brodmessers, mit welchem die Frau auf den Mann zusprang und das er ihren Händen entriff, den Hals vollständig durchschneidet. Die Ungläublich schwamm sofort in ihrem Blute. — Kapuscziol, der beim Garde-Grenadier-Regiment „Königin Elisabeth“ die Feldzüge gegen Dänemark, Österreich und Frankreich, in leichter insbesondere die Belagerung von Straßburg und die Einnahme und Belagerung von Paris mitgemacht, während dieser Zeit sich sehr gut geführt hat, ist der That geständig und befindet sich im Gerichtsgefängnis zu Kattowitz. Die Geiseltote, welche im Jahre 1872 mit dem Thäter die Ehe einging und die er sich als zweite Frau erkor, hinterläßt einen geistig gewedten dreijährigen Knaben.

○ Kattowitz, 14. Januar. [Zur Tageschronik.] In der jüngsten ersten diesjährigen Stadtverordneten-Versammlung gebaute der Magistrats-Direktor Herr Bürgermeister Kippel in einem Rückblick auf das vergangene Jahr der für Kattowitz gemachten wesentlichen Errungenheiten, wie der Errichtung der höheren Lüdterschule, der Umwandlung der konfessionellen Schulen in eine Simultanischule, des Baues eines Mittelschulgebäudes, der Zusammensezung des Stadtverordneten-Collegiums von Männern freierer Rüchtung, der Gewissenhaftigkeit, des Fleisches und der Einigkeit derselben, die auch für das neue Jahr zu hoffen sind. Als Instruction der Versammlung stellte Kippel auf: das Gewissen, die Vollmacht und die Überzeugung jedes Mitgliedes. Sonach verpflichtete derselbe den wiedergewählten Raabsperrn Sendorf, sowie die neu- und wiedergewählten Stadtverordneten mittelst Handschlags. Sanitätsrat Dr. Holz wünschte erwidern Fortdauer des Geistes, der durch 10 Jahre in der Stadtverordneten-Versammlung gehabt, Weiterentwicklung und Friede zwischen Stadtverordneten und Magistrat. Aus den jetzt 24 Stadtverordneten wurden pro 1876 ins Bureau gewählt die Herren: Sanitätsrat Dr. Holz und Kaufmann Königberger, Vorsitzender und Stellvertreter; Revisor Kleiner und Steuerinhaber Neumann, Schriftführer und Stellvertreter. — Nachdem sich der hiesige Männer-Turnverein dem Schlesischen Provincialverein für Volksbildung angeschlossen und inmitten des Vereins sich eine besondere Section zu diesem Zwecke gebildet hat, wird den 21. d. M. ein einschläglicher Vortrag gehalten werden. Der Provinzialverein sendet zur Benützung eine Volkswanderbibliothek. Der freie Feuerlösch- und Rettungsverein beschloß in seiner diesjährigen 1. Monatsversammlung trotz seines viermonatlichen Bestehens das erste Vereinsjahr erst mit Ende des Jahres 1876 zum Abschluß zu bringen. Bewußt der nötigen Ausdrucksmitte wird der Verein zu deren Erlangung eine Theatervorstellung veranstalten, während die humoristische Gesellschaft „Drumme“ ein Concert zu gleichem Zweck zu geben zugesagt hat. — Beim hiesigen Standesamt sind im Jahre 1875 eingetragen worden: Geburten 556, Todesfälle 307, Scheidungen 107, Aufzobte 116 von hier und 96 von auswärts. — Die Reparatur der durch eine Explosion gespalteten Wasserleitung im hiesigen Gymnasium ist mit heut beendet und soll einen Kostenauswand von circa 1500 R.-M. erfordert haben. Nächsten Montag kann demnach der Unterricht wieder beginnen.

-r. Kattowitz, 16. Januar. [Fortbildung-Curse für Lehrer.] Als ein wichtiges Mittel zur Hebung unserer Elementarschulen und zur Förderung eines gemeinsamen geistigen Lebens und Arbeitsvertrags begrüßen wir die beabsichtigte Einführung von Fortbildung-Cursen für die Lehrer der Kreis-Inspection Kattowitz. Bündest durften diese Cursen auf Naturwissenschaft, Geschichte und eine moderne Sprache zu beschränken sein.

O. Myslowitz, 15. Januar. [Verschiedenes.] Am 12. d. M. hatte der neu gegründete philologische Verein in Grünwald's Hotel seine erste Zusammensetzung. Herr Rector Baumann hielt einen Vortrag über Luft-Luftmesser etc., begleitet von vielen wohl gelungenen zum Theil neuen Experimenten. Das zahlreiche gewählte Auditorium zollte dem Vortragenden ungemein Beifall. — In der Stadtverordnetensitzung vom 13. d. Mts. wurden die neu und resp. wiedergewählten Stadtverordneten durch den Bürgermeister Sklarzit eingeführt und in Pflicht genommen. Bei Bildung des Bureau's wählte man den Baumeister Kraut als Vorsitzender, den Rechts-Anwalt Dr. Norden als dessen Stellvertreter und die Kaufleute Frey und Merkel als Schriftführer resp. dessen Vertreter. — Wenn es auch gelungen ist, die Wahl unseres liberalen Bürgermeisters in den Vorstand der katholischen Kirchengemeinde zu hintertreiben, so konnte man doch nicht hindern, daß die Herrlichkeit Myslowitz-Kattowitz als Patronatsherrschaft denselben zu ihrer Vertretung in Kirchensachen bevollmächtigte. Herr Bürgermeister Sklarzit wird also doch hier ein Wörtlein mitzureden haben.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.) Madrid, 16. Januar. Die Regierung genehmigte die in Valencia anberaumte Versammlung zur Beratung der Candidatur Castellars und beschloß die Proklamation verschiedener Bischöfe, welche die Candidaten, die sich für religiöse Toleranz ausgesprochen, für gottlos und antikatholisch erklären.

London, 16. Januar. Der „Credit Ottoman“ hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher er angeibt, daß die türkische Regie-

lung die zur Baarausbüttlung des halben Betrages der fälligen Conspons erforderlichen Summen bei seiner Kasse eingezahlt hat.

Petersburg, 15. Januar. Das „Journal de St. Petersburg“ findet bei Erörterung der orientalischen Lage, daß die Porte selbst ein großes Interesse daran habe, daß die von ihr verlangten Concessions von den Mächten gemeinsam zur Annahme empfohlen würden. — Der Staatssekretär Graf Korff und Admiral Krabbe sind gestorben.

Belgrad, 15. Januar. Die Skupischa hat in ihrer heutigen Sitzung die Beratung des Budgets fortgelegt und hierbei die Gehalte verschiedener höherer Beamten, namentlich die Dotiration des Metropoliten, erheblich herabgesetzt.

(Aus L. Hirsch's Telegr.-Bureau.)

Ragusa, 15. Januar. Die Verbindung zwischen Ragusa und Trebinje ist neuerdings gestört. Die Insurgenten sammeln sich in großer Zahl in ihrem früheren Hauptquartier Duži-Monastir. Die Insurgenten scheuen einen Angriff, weil die türkischen Streitkräfte in und um Trebinje 20,000 Mann übersteigen.

## Handel, Industrie &c.

G. F. Magdeburg, 14. Jan. [Marktbericht.] Es führt sich diese Woche mit starker Kälte 12—15° R. bei uns ein, indeß hält diese nur ein paar Tage an und es kam dann milder weiter, wo das Thermometer nur 2 bis 4 Grad unter Null zeigte. In der Elbe hatten wir unausgefecht starke Eisgang. Das Getreidegeschäft ist sehr matt, die flauen Berichte von den größeren marktenden Handelsplätzen konnten ihren Einfluß darauf nicht verfehlten. Wir notieren heute: Weizen nach Qualität 170—200 Mark für 1000 Kilo. Roggen, inländischer 168—175 Mark für 1000 Kilo, fremd-ländischer 155—162 Mark. Gerste, geringe und leichte Futterarten 145 bis 160 M., mittel und gute Brauarten 175—190 M., feinste und Chivalier 200—215 M. für 1000 Kilo. — Hafer nach Weißernte 165—180 M. — Hühnerfrüchte zu haben. Hühnerbrüder 275—285 Mark, Kochbrüder 205—210 M., Futterfrüchte 180—195 M., weiße Bohnen 200—240 Mark, Böden 200—220 M., Mais 120—140 M., blaue und gelbe Lupinen zu 120—140 M. für 1000 Kilo. — Delsaaten sind sehr selten am Markt und Preise nominell. Winterspätz 330—350 M. Winterrübli 315—325 M. Dotter 250 bis 260 Mark. Leinsaat 255 bis 270 Mark für 1000 Kilo. Kübel 65 bis 66 Mark, Möhnel 150 Mark, Leindl 55 bis 61 Mark, Rapssuchen 16 à 17,50 Mark für 100 Kilo. — Gedarrte Cidorenwurzeln und gedarrte Runkelrüben 14 Mark für 100 Kilo. — Spiritushandel unbeteilt. Trog der Steigerung von circa 1 M. in Berlin blieben die Gebote um ca. 1 M. gegen die Forderung zurück. — Kartoffel-Spiritus loco mit Rückgabe der Fächer 40,60—41,10—41,20—41,60 bis 42 M. nacheinander für Landfuhrten bezahlt, welche den Bedarf hinlänglich deckten; für Termine weder Angebot noch Frage. — Rüben-Spiritus loco 41 M. Br., 40 M. Od.; per Januar, Februar und März 42 M. Br., per April—Mai 43 M. Br., per Juni—September in jedem Monat gleiches Quantum zu 44 M. gehandelt. — Rübenmelasse 4,25—4,50 M. für 100 Kilo.

Paris, 15. Januar. Dem Pariser Börsenblatt aus Cairo zugegangenen Depeschen zufolge steht eine ägyptische Anleihe von 250 Millionen bevor. Dieselbe soll in 30 Jahren rückzahlbar sein.

(L. H. T. B.)

Glasgow, 11. Jan. [Eisenbericht von Theodor Herz, vertreten durch M. J. Ullrich in Breslau.] Während der verlorenen Woche war der Roteisenmarkt in großer Bewegung und auf allen Gebieten in voller Hause. Gemüthe Nos. Warrants stiegen von 64 S. 9 P. auf 66 S. 6 P. Kasse und schließen heute mit Käufern zu 66 S. 1½ P.

Verschiffungsbrände werden ebenfalls höher gehalten. Die Producenten verlaufen mit großer Zurückhaltung.

Die Verschiffungen während der vergangenen Woche betragen 4980 Tons gegen 9139 Tons während der correspondirenden Woche vergangenen Jahres, und in diesem Jahre 10,200 Tons gegen 12,857 Tons während derselben Periode 1875.

Middlebro'-on-Tees, 11. Jan. [Eisenbericht von C. G. Müller, vertreten durch M. J. Ullrich in Breslau.] Unser Roteisenmarkt war heute sehr fest in Sympathie mit dem Glasgower Markt. Die Notirungen für Nr. 3 waren 54 S. bis 55 S., Nr. 4 grau Puddel-Eisen 52 S. 6 P. per Ton von 1015 Kos. netto Cassa ab Werk. Es kam indessen kaum zu einzigen Geschäften und diese beschränkten sich nur auf kleine Partien zu geringen Preisen.

[Württembergisches Eisenbahn-Anlehen.] Nach dem „Staatsanzeiger für Württemberg“ besteht das Confortium, welches die 4½-prozentige Eisenbahn-Anleihe von 20 Millionen Mark übernommen hat, aus folgenden drei Gruppen: 1) das Bankhaus M. A. von Rohrbach u. Söhne in Frankfurt a. M. mit

# Berliner Börse vom 15. Januar 1876.

## Wechsel-Course.

Amsterdam 100fl.	2 T.	3fl.	168,95 bz
do.	do.	2 M.	168,10 bz
London 1 Lstr.	3 M.	5	20,15 bz
Paris 100 Frs.	8 T.	4	80,85 bz
Potsburg 100RS.	3 M.	54	267,80 bz
Warschau 100RS.	8 T.	5	269,60 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	5	175,25 bz
do.	do.	2 M.	174,25 bz

## Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl.-4% consol.	4%	185,10 bz
do.	do.	4% size 4
Staats-Schuldachse.	3%	92,25 bz
Präm.-Anl.-v. 1885 3%	5	129,75 G
Berliner Stadt-Oblig.	4%	101,50 bzG
do.	do.	101,50 bz
Pommersche.	3%	83,80 bz
Sächsische neue.	4%	94,00 bzB
Sächsische.	3%	97,00 bz
Pommersche.	4%	86,10 bz
Preussische.	4%	96,00 bz
Westfäl. u. Rhein.	4%	98,10 G
Sächsische.	4%	97,25 bz
Badische Präm.-Anl.	4%	120,75 bzG
Bairische 4% Anl.	4%	122,80 bzG
Görl.-Mind. Prämien 3%	3%	107,80 bz
Kurb. 40 Thaler-Loose	25,40 bz	
Badische 35 FL-Loose	143,63 G	
Braunschw. Präm.-Anl.	4%	84,80 bzG
Oldenburger Loose	137,98 bz	

Ducaten	—	Freemd. Bkn. 99,75 G
Soever.	—	einl. Leip. 99,75 bzG
Napoleons 16,20 bz	Oest. Bkn. 175,50 bz	
Imperials	—	Russ. Bkn. 261,70 bz
Dollars	—	—

## Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	101,99 B
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp.	4%	98,75 bzG
do.	do.	5 29,25 bzG
Deutsche Hyp.-Pfd.	4%	95,75 bz
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	4%	100,19 bz
Unk. künd. do. (1872)	5	101,00 bz
do.	rückab.	5 105,80 bz
do.	do.	5 98,50 bz
Unk. H.d.Pd.-Crd.B	do.	102,50 bzG
do. III. Em. do.	5	102,50 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,90 G
Hyp.-Anth. Nord.-G.C.B	5	101,99 bzG
Pom. Hyp.-Briefe.	5	104,73 bz
do. de. II. Em.	5	101,75 bz
Goth. Präm.-Pfd. I. Em.	5	109,75 B
do. II. Em.	5	106,90 bz
do. 5% Pf.Rkzlbm. no. 110	5	102,50 bzB
do. 4% do. m. 110% 4%	5	85,50 B
Meiningen Präm.-Pfd.	5	100,90 bz
Oest. Silberpfandb.	5%	54,00 B
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	5	61,00 G
Pfd. d. Oest. Bd.-Cr. Ge.	5	85,00 B
Schles. Bodencr. Pfd.	5	100,00 G
do.	do.	5 83,75 G
Budd. Bod.-Crd. Pfd.	5	102,00 G
do.	do.	4% 4% 4% 98,00 G
Wiener Silberpfandb.	5%	—

## Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente.	41%	64,45 bz
do. Papierrente.	41%	66,10 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4%	106,90 bzB
do. Lott.-V.	60%	114,25-20 bz
do. Credit-Loos.	—	337,00 G
do. 64er Loose.	—	293,00 G
Euss. Präm.-Anl. v. 64	5	180,60 bz n. d.
do.	do.	1866 5 181,25 bz [Z.]
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	85,75 bz
do. Cent.-Bod.-Cr. Pfd.	5	90,75 erba
Euss. Pol. Schatz-Obl.	5	86 28 bz
Pol. Pfandb. III. Em.	4%	78,50 G
Pol. Liquid-Pfandb.	4%	67,60 bz
Amerik. rückz. p. 1881	—	—
do.	do.	100,80-75 bzG
do. 5% Anl. e. 5	5	97,75 bzG
Ital. neue 5% Anl. e. 5	5	71,30 bz
Ital. Tabak-Oblig.	5	100,50 bzG
Raab-Grazer 100 Thlr.	5	78,50 G
Rumänische Anl. e. 5	5	104,60 bz
Türkische Anl. e. 5	5	19,90 bzB
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	72,80 B
Schwedische 10 Thlr. Loose	—	—
Finlande 10 Thlr. Loose 41,60 B	—	—
Türken-Loose 43,00 bz	—	—

## Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II.	4%	99,25 G
do. III. v. St. 3 1/2%	5	84,75 bzB
do.	do.	99,00 B
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 bzB
Berlin.-Görlitz	5	102,90 B
do. Lit. C.	5	93,90 B
Bresl.-Freib.	5	—
do. do. F.	5	94,75 bzG
do. do. H.	5	91,50 G
do. do. J.	5	91,75 B
do. do. K.	5	91,75 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	5	83,50 bzG
do. ... Lit. B.	5	93,59 bz
do. ... V.	5	91,50 bzB
do. ... V.	5	90,50 bzB
Halle-Sorau-Guben.	5	96,50 bzA
Hannover-Altenbeken.	5	—
Märkisch-Posen.	5%	101,75 bzB
N.-M. Staatsb.	5	97,00 B
do. do. II. S. e.	5	—
do. do. Ob. I. II.	5	97,00 B
do. do. III. Ser. 4	5	—
Oberschles.	5	—
do. B.	5	—
do. C.	5	—
do. D.	5	—
do. E.	5	86,10 G
do. F.	5	100,40 bzG
do. G.	5	98,50 G
do. H.	5	102,00 bzG
do. ... von 1860	5	103,00 bz
do. ... von 1874	5	96,50 bzB
do. Brig.-Neiss.	5	96,50 bzG
do. Cosel-Oderb.	5	—
do. do.	5	103,50 bz
do. Stargard.-Posen	5	91 G
do. do. II. Em.	5	—
do. do. III. Em.	5	—
do. Ndrslzg. Zwg.	5	75,50 bzG
Ostpreuss. Südbahn.	5	101,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	102,50 G
Schles. Eisenbahn.	4%	97,75 bz
Chemnitz-Komotau.	5	23,00 G
Dux-Bodenbach.	5	65,50 bz
do. II. Emission.	5	59,50 G
Frag-Dux.	—	24,00 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	87,49 bz
do. do. neue.	5	85,80 bz
Krausch.-Oderberg.	5	65,25 bzG
Ung. Nordostbahn.	5	61,20 bzG
Lemberg-Czernowitz.	5	56,50 bz
do. do. II.	5	62,00 G
do. do. III.	5	72,50 bz
Mährische Granitzbahn.	5	64,80 G
Mähr. Schl. Centralb.	fr.	71,25 etBzG
do. II.	fr.	26,50 B
Kronpr.-Rudolf-Bahn.	5	32,20 G
Oest.-Französische.	3	31,90 bzG
do. do. II.	3	30,75 B
do. südl. Staatsbahn	2	23,60 bz
de. neue.	3	23,80 bz
de. Obligationen.	5	80,50 bz
Warschau-Wien II.	5	98,75 bz
do. III.	5	97,50 G
do. IV.	5	93,25 G
do. V.	5	92,50 bz

## Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro	1874	1875 ZL	—
Aachen - Maastricht.	1	4	21,70 bz
Berg.-Märkische.	3	4	105,25 bz
Berlin.-Anhalt.	8%	5	25 bz
Berlin.-Dresden.	5	4	28 bzG
Berlin.-Görlitz.	12%	4	171 bz
Berl. Nordbahn.	0	fr.	—
Berl.-Potsd.-Magab.	1%	4	69,90 bz
Berlin.-Stettin.	91/2	4	125,25 bz
Böh. Westbahn.	5	5	83,50 bzG
Breslau-Freib.	7%	4	80,50 bz
Cöln-Minden.	68/20	5	94,75 bz
Cöln.-Lit.	5	5	92,25 bzG
Cöln-Mind.	12%	6	139,60 bz
Cuxhaven. Eisenb.	8	6	13,25 G
Dux-Bodenbach.	9	4	86,25 bz
Gal. Carl-Ludw.-			